

Berthold Busch

# Renaissance der Industriepolitik?

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-602-24112-2

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2005 Deutscher Instituts-Verlag GmbH  
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln  
Postfach 51 06 70, 50942 Köln  
Telefon (02 21) 49 81-4 52  
Telefax (02 21) 49 81-4 45  
Internet: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)  
E-Mail: [div@iwkoeln.de](mailto:div@iwkoeln.de)

Druck: Druckhaus Locher GmbH, Köln

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Neues Interesse an der Industriepolitik</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Industriepolitik: Definitionen und Begriffe</b>	<b>10</b>
<b>3</b>	<b>Gründe für die Renaissance der Industriepolitik</b>	<b>12</b>
3.1	De-Industrialisierung	12
3.2	Internationale Wettbewerbsfähigkeit	15
3.3	Lissabon-Prozess	19
3.4	Zunehmende Regulierung	20
<b>4</b>	<b>Industriepolitik in der Europäischen Union</b>	<b>21</b>
4.1	Die rechtlichen Grundlagen in den Gründungsverträgen	21
4.2	Die Verträge von Maastricht und Amsterdam	23
4.3	Neuerungen im Verfassungsvertrag	25
4.4	Zur Entwicklung der industriepolitischen Konzeption	28
<b>5</b>	<b>Theoretische Grundlagen der Industriepolitik</b>	<b>31</b>
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung: Eine Bewertung aus ordnungspolitischer Sicht</b>	<b>34</b>
	<b>Literatur</b>	<b>42</b>
	<b>Kurzdarstellung / Abstract</b>	<b>47</b>
	<b>Der Autor</b>	<b>48</b>

# 1

## Neues Interesse an der Industriepolitik

In der Europäischen Union (EU) ist seit einiger Zeit eine Renaissance der Industriepolitik zu beobachten. Dabei kommt es sowohl zu einzelstaatlichen als auch zu zwischenstaatlichen Aktivitäten sowie zu Aktionen auf EU-Ebene. Bei den zwischenstaatlichen Initiativen haben sich besonders Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich hervorgetan.

Bundeskanzler Schröder, Präsident Chirac und Premierminister Blair haben im Februar 2003 in einem gemeinsamen Brief an die damalige griechische Ratspräsidentschaft Maßnahmen zur Unterstützung einer international wettbewerbsfähigen Industrie gefordert. Ihre Begründung: Die Industrie sei eine entscheidende Quelle für Wachstum und Beschäftigung. Regulierungsexperimente, die zu höheren Kosten und Belastungen führen, lehnten sie ab. Hemmnisse für die Industrie sollten abgebaut und keine neuen unnötigen Auflagen geschaffen werden. Märkte seien zu liberalisieren und die Umsetzung der Forschungsergebnisse sollte erleichtert werden, lauteten die Forderungen (Presse- und Informationsamt, 2003).

Wiederum die britische, die deutsche und die französische Regierung haben im September 2003 in einem Brief an den Präsidenten der EU-Kommission eine industriefreundlichere Politik angemahnt und für alle wichtigen Vorhaben der Gemeinschaft eine Folgenabschätzung im Hinblick auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit gefordert (Financial Times Deutschland (FTD), 22. September 2003, 16). Außerdem verlangten die Regierungschefs eine Zusammenfassung der wirtschaftspolitischen Kompetenzen bei einem Mitglied der Kommission. Dessen Posten wollten sie zu einem Vize-Präsidenten aufgewertet sehen (Handelsblatt (HB), 17. Februar 2004, 5 und 19. Februar 2004, 1).

Schließlich haben die drei Regierungschefs kurz vor dem EU-Frühjahrgipfel im März 2004 ihre industriepolitische Initiative wieder aufgenommen und ihre Forderung erneuert, dass künftig alle Gesetzesvorhaben auf ihre Folgen für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen überprüft werden. Der ordnungspolitische Rahmen in Europa müsse die unternehmerische Tätigkeit unterstützen. Grundlagenforschung und angewandte Forschung sollten stärker gefördert werden, damit Impulse für Schlüssel- oder Zukunftstechnologien<sup>1</sup> entstehen. Außerdem mahnen sie eine Änderung der als zu streng empfunde-

---

<sup>1</sup> Genannt werden in diesem Zusammenhang die Lebenswissenschaften sowie die Nano-, die Kommunikations-, die Energie- und die Umwelttechnologie (Presse- und Informationsamt, 2004).

nen Wettbewerbspolitik an. Die Wettbewerbspolitik der Kommission müsse die Eigenheiten des internationalen Wettbewerbs und die industrielle Entwicklung in Europa stärker berücksichtigen (Presse- und Informationsamt, 2004). Die Förderung von Zukunftstechnologien und der Abbau von wettbewerbs hinderlichen Vorschriften wurde auch in einem gemeinsamen Schreiben des belgischen, dänischen und deutschen Regierungschefs an die EU-Kommission und den Ratsvorsitz angemahnt (FTD, 15. März 2004, 14).

Der deutsche Wirtschaftsminister und seine britische Kollegin haben im November 2004 eine gemeinsame Position zur europäischen Industriepolitik beschlossen (BMWA, 2004b). Eine moderne und vorausschauende Industriepolitik müsse die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft stärken sowie administrative Belastungen verringern. Alle neuen Richtlinien und Verordnungen sollten auf ihre Auswirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätze überprüft werden.

Deutschland und Frankreich wollen sich in der Industriepolitik in der EU eng abstimmen, um Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern und zu stärken. Beide Regierungen fordern faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, insbesondere in der Steuer- und Strukturpolitik. Im Herbst 2004 setzten sie eine Arbeitsgruppe „Wirtschaftskooperation“ ein, der jeweils fünf Unternehmensleiter aus beiden Staaten angehören (BMWA, 2004a). Außerdem wird die Einrichtung von deutsch-französischen Technologiezentren geprüft. Die Arbeitsgruppe hat sich inzwischen auf vier Bereiche geeinigt, in denen Unternehmen mit finanzieller staatlicher Unterstützung rechnen können: Biophotonik, Kernspintomographie, multimediale Netze und eine Internet-Suchmaschine namens Quaero (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27. April 2005, 15), die Google Konkurrenz machen soll.

Das deutsch-französische Verhältnis ist auf dem Gebiet der Industriepolitik allerdings nicht frei von Spannungen – im Gegenteil. Hier eine Übersicht über die jüngsten Konflikte:

- Paris hatte sich in die Fusionsverhandlungen zwischen dem deutsch-französischen Pharmaunternehmen Aventis, der französischen Sanofi-Synthelabo und der schweizerischen Novartis eingemischt und dabei das Zusammengehen von Aventis mit Sanofi unterstützt. Während Aventis einen Zusammenschluss mit Novartis favorisierte, setzten sich dagegen vor allem der damalige Finanz- und Wirtschaftsminister Sarkozy sowie Premierminister Raffarin für eine nationale Lösung ein. Nachdem im April 2004 Sanofi den wesentlich größeren Aventis-Konzern übernommen hatte, entstand das drittgrößte Pharmaunternehmen der Welt (Thomas, 2004, 53 f.; Uterwedde, 2004, 21 f.). Dieses Verhalten stieß in